D-02-024-4

Dringlichkeitsantrag: Humanität und Ordnung: für eine anpackende, pragmatische und menschenrechtsbasierte Asyl- und Migrationspolitik

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in: Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte)

Änderungsantrag zu D-02

Von Zeile 24 bis 27:
Dabei setzen wir in der Migrationspolitik auf ~~Humanität~~die universellen Menschenrechte und ~~Ordnung. Diese bedingen einander~~das klare Bekenntnis zum Recht auf Asyl, dem wir auch durch unsere deutsche Geschichte tief verbunden sind. Denn Humanität kann es ~~dauerhaft~~ nur ~~mit geordneten Verfahren~~ geben, ~~während~~wenn alle Menschen die gleichen Rechte und Chancen haben. Abschottung führt zu Chaos ~~führt~~und mehr Leid und ignoriert die Fluchtursachen, die auch durch unsere Lebensweise verursacht werden. Es braucht klare Regeln, die den Menschen in Not helfen. Die Hilfe muss gleichzeitig ~~vernünftig~~solidarisch organisiert sein.

Begründung

Es waren Gräueltaten die von deutschem Boden im Zweiten Weltkrieg ausgingen, die Verfolgung, Vertreibung und Ermordung von Millionen Menschen, die internationale Verweigerung zur Aufnahme jüdischer und anderer Flüchtlinge, die die Weltgemeinschaft nach 1945 zu verbindlichen Flüchtlings- und Menschenrechtsabkommen schaffen ließ. Auch das ist Teil von "Nie wieder!" und unsere historische Verantwortung.

Hinter en Abkommen stand auch die Idee, dass individuelle Verfahrensrechte die Souverenität der Staaten einschränken. Betroffene von Menschenrechtsverletzungen sollten nicht politischer Willkür ausgesetzt sein. Die EU hatte in den 1990er und 2000er Jahren eine relevante Rolle dabei, dass Individuen Anspruch auf rechtsstaatliche Verfahrebn haben.

Der Begiff Humanität steht dieser Entwicklung diametral entgegen, denn Humanität geht nur von einer Seite aus und ist eine moralische Geste, die gewährt wird oder nicht, aber nicht verpflichtet.

Auch heute tragen wir als Teil des globalen Nordens eine partitielle Verantwortung für Fluchtursachen durch unsere expansive Lebensweise und Machtungleichheiten.

Quellen:
https://verfassungsblog.de/fur-einen-menschenrechtspakt-in-der-fluchtlingspolitik/
https://bsky.app/profile/maxpichl.bsky.social/post/3kd4oekchjf24
https://www.slu-boell.de/de/2022/01/11/glossar-zum-thema-klimagerechtikeit

weitere Antragsteller*innen

Christoph Lorenz (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Ocean Renner (KV Nordfriesland); Shirin Kreße (KV Berlin-Mitte); Jenny Laube (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Cim Kartal (KV Bielefeld); Jan Schmid (LV Berlin); Simon Gast (KV Osnabrück-Land); Arebs Stettin (KV Wetterau); Yannick Brugger (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Hacer Aydemir (KV Berlin-Mitte); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Berlin-Mitte); Tobias Schlechter (KV Köln); Philipp Lang (KV Stuttgart); Bernd Spielvogel (KV Berlin-Mitte); Johannes Rückerl (KV Regensburg-Stadt); Marcus Schmitt (KV Main-Taunus); Katinka Wellnitz (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Jonathan Philip Aus (KV Berlin-Neukölln); sowie 73 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.